



Energiealleen A7 Internetplattform S. 5

Start der
Projektinitiative



Maximen der Nachhaltigkeit S. 6

Interview mit
Prof. Dr. Edda Müller



Finanzmarkt und Gesellschaft S. 8

Interview mit
Dirk Müller



Vorbilder müssen sichtbar sein

COnull – Zertifizierung für CO₂-neutral bzw. klimaverträglich wirtschaftende Unternehmen

Anfang März 2011 startete UnternehmensGrün das Zertifizierungsvorhaben COnull. Hiermit fördert UnternehmensGrün, dass sich zunehmend mehr Unternehmen für klimaverträgliches Wirtschaften entscheiden und dies in der Öffentlichkeit deutlicher wahrnehmbar wird. Die Kriterien geben zudem für Unternehmen eine Orientierung, welche Maßnahmen für entsprechende CO₂-neutrale bzw. klimaverträgliche Wirtschaftsweisen vorzunehmen sind, vgl. hierzu die eigens für das Vorhaben erstellte Website www.conull.de. Die Abstufung zwischen „Gold“ (CO₂-neutral wirtschaftendes Unternehmen) und „Silber“ (klimaverträglich wirtschaftendes Unternehmen) bietet für Unternehmen einen Anreiz, CO₂-Neutralität gegebenenfalls schrittweise zu erreichen. Mit der Zertifizierung trägt UnternehmensGrün somit mittelbar zur Steigerung klimaverträglichen Wirtschaftens und entsprechender Emissionsminderung bei.



www.conull.de

Unternehmen die Überprüfung, ob es die Kriterien zur Erlangung des Zertifikats COnull erfüllt.

Mit der Differenzierung zwischen Gold und Silber trägt UnternehmensGrün ferner dem Umstand Rechnung, dass sich gewisse Bereiche in einem Unternehmen, z.B. die Raumwärme bei gemieteten Geschäftsräumen, dem Einflussbereich des Unternehmens entziehen. Ein ebenso gesondert behandelter Bereich betrifft Flugreisen. Auch auf deren CO₂-Bilanz haben die betreffenden Unternehmen keinen Einfluss. Nicht alle Unternehmen können jedoch zur Erfüllung ihres betrieblichen Zweckes auf Flugreisen verzichten bzw. auf alternative Verkehrsmittel zurückgreifen. Vor dem Hintergrund, dass UnternehmensGrün mit der Zertifizierung aber die Lenkungspotentiale von Unternehmen im Kontext ihrer eigenen betrieblichen Prozesse sichtbar machen möchte, erfüllt ein Unternehmen auch dann noch die Kriterien, wenn es in einzelnen aufgeführten Bereichen die



Die Label „Gold“
und „Silber“

Unternehmen können bei UnternehmensGrün die Zertifizierung, verbunden mit der Berechtigung zur Verwendung des entsprechenden Labels, beantragen. Ob das jeweilige Unternehmen die Kriterien – entweder für Gold oder Silber – erfüllt, begutachtet eine der von UnternehmensGrün ausgewählten Prüfstellen. Hier beantragt ein

IN DIESER AUSGABE

Vorbilder müssen sichtbar sein COnull – Zertifizierung Bericht	Seite 1
Vermögensabgabe nachhaltig betrachtet Klaus Stähle	Seite 2
Die Energiewende – für wen? Dr. Nina Scheer	Seite 3
Die Chance der Atomkonzerne Dr. Cornelia Ziehm	Seite 4
Energiealleen A7 Die Informationsplattform zur Projektinitiative	Seite 5
Maximen der Nachhaltigkeit Interview mit Prof. Dr. Edda Müller	Seite 6
Umwelt-Wirtschaftsethik Tagungsbericht	Seite 7
Finanzmarkt und Gesellschaft im Lichte widerstreitender Interessen Interview mit Dirk Müller	Seite 8
Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften Bericht und Dokumentation	Seite 9
Umwelt-Bildungskonferenz Bericht	Seite 11
Hinweise und Termine	Seite 11
Bestellformular/ Mitgliedsantrag	Seite 12

betreffenden CO₂-Emissionen kompensiert. Kompensationen sind auch innerbetrieblich möglich, womit durch das Unternehmen eigens gewonnene erneuerbare Energien mit betrieblich entstehenden CO₂-Emissionen verrechnet werden können. Die Möglichkeit der Kompensation wird allerdings nur in wenigen Fällen als zulässig erachtet. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass Kompensationen für sich betrachtet nicht die Emissionsreduktion, fossile Ressourceneinsparung und damit auch Lenkung bewirken können, wie sie durch eine unmittelbar bei der Energienutzung erreichte CO₂-Vermeidung erreicht werden kann. Letzteres entspricht aber der Zielsetzung, die UnternehmensGrün mit den Zertifizierungen verfolgt.

Mit der Aushändigung des Zertifikats an das Unternehmen ist dieses berechtigt, das Label COnull in seiner Unternehmenskommunikation einzusetzen. Die Berechtigung zur Verwendung des Labels COnull erlischt ohne Aktualisierung nach 36 Monaten. Die Berechtigung kann ferner entzogen werden, wenn UnternehmensGrün Tatsachen bekannt werden, deren Vorliegen oder Kenntnis zum Zeitpunkt der Prüfung eine Nicht-Erfüllung der Kriterien bedeutet hätte.

Mit dem Start gingen bereits die ersten Unternehmen, sog. Pilotunternehmen in die Prüfphase.

Informationen zum Zertifizierungsverfahren
erhalten Sie hier:
info@conull.de und www.conull.de

Kommentar

Wie Baden-Württemberg zum Taktgeber beim Atomausstieg wurde



Karl Friedrich Rommel

Kanzlerin Merkel und Ministerpräsident Kretschmann waren sich beim Treffen der Ministerpräsidenten und der Bundesregierung Anfang Juni schnell einig über Atomausstieg und Restlaufzeiten. Käme der Ausstieg so schnell, wie es die Grünen auf ihrem kleinen Parteitag im März beschlossen hatten, hätte Grün-Rot in Baden-Württemberg ein Problem. Energie Baden-Württemberg (EnBW), Deutschlands viergrößter Stromkonzern, ist jetzt schon ein Sanierungsfall und würde zu einem Mühlstein für Baden-Württemberg, der dem Landeshaushalt keine Luft zum Atmen mehr ließe, käme ein schnelles Aus für alle AKWs: Mappus' vergiftetes Erbe. Der Ex-Ministerpräsident hatte für den Erwerb des EnBW-Anteils des französischen Atomkonzerns EDF 4,7 Milliarden Euro bezahlt. Die EnBW wirft so viel Dividende ab, da zahl ich die Finanzierungskosten und es bleibt noch was übrig, so rechnete Mappus. Fukushima änderte alles. Der Wert der EnBW an der Börse ist um rund eine Milliarde Euro geschrumpft - Üppige Dividenden? Fehlanzeige.

Die EnBW hat nach der Abschaltung von Neckarwestheim I und Phillipsburg I noch zwei Atomkraftwerke. Die beiden jüngeren Blöcke an den beiden EnBW-Standorten dürfen überraschend lange am Netz bleiben: Phillipsburg II bis 2019 und Neckarwestheim II bis 2022. Welche andere Wahl hatte Kretschmann, als sich so mit Merkel zu einigen?

Grün-Rot werde die EnBW zum ersten Öko-Stromkonzern umbauen, so hieß es nach der Wahl. Doch Kretschmann hat weder das Geld noch wirklich die Macht dazu: Der 20-köpfige Aufsichtsrat der EnBW besteht zur Hälfte aus Vertretern der Arbeitnehmerseite, viele davon glühende Kernkraftanhänger. Hinzu kommen noch fünf Aufsichtsräte der Oberschwäbischen Elektrizitätswerke (OEW), einem Zweckverband aus neun oberschwäbischen Landkreisen, die die andere Hälfte der EnBW-Aktien besitzen und auf 400 Millionen Euro Schulden sitzen. Der Grund: Vor Jahren wollte die OEW „auf Augenhöhe“ mit dem Atomkonzern EDF eine EnBW-Kapitalerhöhung mitmachen. Und seit Jahren finanziert die OEW mit den Atomgewinnen ihre Kreishaushalte. Und die OEW hätte gerne, dass das so bleibt.

Die neue Landesregierung konnte ein Aufsichtsratsmandat neu besetzen. Die ehemalige grüne Bundessprecherin Gunda Röstel steht nun allein gegen 19 Männer, die alles andere als eine wirkliche Energiewende wollen. Der neue SPD-Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid und die grüne Staatsministerin Silke Krebs wurden für den EnBW-Aufsichtsrat nominiert. Doch ob sie rein kommen, ist mehr als offen: Die beiden Ex-Minister Rau (CDU) und Goll (FDP) ließen sich kurz vor dem Amtsantritt von Grün-Rot für fünf Jahre wählen.

Energiewende in Baden-Württemberg – die muss leider ohne die EnBW stattfinden.

Karl Friedrich Rommel

Geschäftsführer der Oberschwaben Solar GmbH

Editorial

Die diesjährige sommerliche Ausgabe ist sowohl gekennzeichnet von der aktuellen Diskussion um die Energiewende, als auch von den Aktivitäten, die das Wirken des Verbandes im Kontext von Projektarbeit und Veranstaltungen in den vergangenen Monaten prägen.

Am 24. Februar 2011 veranstaltete UnternehmensGrün in der Vertretung des Saarlandes beim Bund eine den Bildungsverantwortlichkeiten gewidmete Konferenz: Umwelt-Bildungskonferenz, Wege zum ökologischen Wirtschaften – ein gesamtgesellschaftlicher Bildungsauftrag, gefördert vom Bundesumweltministerium und dem Umweltbundesamt. Hier wurden Lehrinhalte für eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Lehre formuliert und auch deren Verortung im Bildungssystem, die Hochschuleneinbeziehung, diskutiert. Es referierten u.a. Dr. Simone Peter, Umweltministerin des Saarlandes und Dr. Jutta Emig, Leiterin des Grundsatzreferats, BMU sowie Prof. Dr. Küpers, Leiterin des Instituts für Zukunftsorientierte Kompetenzentwicklung (IZK), Hochschule Bochum.

Weitere Dokumentationen dieser Ausgabe behandeln die achte Veranstaltung der mit EUROSOLAR und der GLS Bank ausgerichteten Vortragsreihe Umwelt-Wirtschaftsethik, die am 19. April, erstmalig in Stuttgart, als Lesung aus dem letzten Buch von Hermann Scheer, „Der Energieethische Imperativ“, gestaltet war. Ferner dokumentiert diese Ausgabe den Fortgang des UnternehmensGrün-Projekts „Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften“. Das in der Pilotphase von der DBU geförderte Projekt wird seither in Kooperation mit dem Umweltministerium Baden-Württemberg fortgeführt und auch in Berlin, dort in Kooperation mit dem OSZ Bürowirtschaft und Dienstleistungen, angeboten.

Der Energiewende widmet sich u.a. ein Beitrag von Dr. Cornelia Ziehm. Es finden sowohl Fragen im Zusammenhang mit dem Atomausstieg als auch der Gestaltung eines beschleunigten bzw. beschleunigt fortzusetzenden Umstiegs auf erneuerbare Energien Erörterung. Zu entsprechenden Fragestellungen werden ferner die Positionen des Verbandes aufgeführt. Eine weitere Position von UnternehmensGrün findet sich in dem von Klaus Stähle, Vorstand UnternehmensGrün, verfassten Positionspapier zur Vermögensabgabe.

In dieser Ausgabe vorgestellt wird zudem die jüngst entstandene Internetseite: Informationsplattform Energieallee A7. Von den Projektträgern, der Hermann-Scheer-Stiftung und EUROSOLAR sowie UnternehmensGrün als Kooperationspartner wird mit der Plattform eine Anschlagwirkung zur Umsetzung des Konzepts erwartet. Vgl. zu dem Konzept auch den Artikel von Martin Unfried in der UnternehmensGrün-Journal-Ausgabe 1/2010.

Als Entré dieser Ausgabe wird das Zertifizierungsprojekt COnull vorgestellt, das UnternehmensGrün unter der Prämisse „Vorbilder müssen sichtbar sein“ entwickelte und seit März 2011 anbietet. Hierbei werden CO₂-neutral (Goldlabel) bzw. klimaverträglich (Silberlabel) wirtschaftende Unternehmen zertifiziert. Derzeit befinden sich die ersten Unternehmen in der Prüfphase.

Zu Maximieren der Nachhaltigkeit für Wirtschaft und Verbraucher nimmt Prof. Edda Müller im Rahmen eines Interviews Stellung. In einem weiteren Interview benennt Dirk Müller Stellschrauben zur Einbindung des Finanzmarktes in Nachhaltigkeitszielsetzungen.

Angeregtes Lesen wünscht

Dr. Nina Scheer Geschäftsführerin UnternehmensGrün

UnternehmensGrün Positionspapier

Vermögensabgabe nachhaltig betrachtet

UnternehmensGrün erteilt einer Vermögensabgabe, früher Vermögenssteuer, aus Gründen der Marktcompatibilität und Nachhaltigkeit eine klare Absage.



Klaus Stähle

Bündnis90/Die Grünen beabsichtigt eine Vermögensabgabe. Ziel ist es, die hohe Verschuldung des Staates durch eine einmalige Abgabe auf hohe Vermögen abzubauen. Es sollen ca. 100 Milliarden Euro durch Abschöpfung bei den Reichsten unserer Gesellschaft, 0,5 % der Bevölkerung, erzielt werden. Die Idee ist, zu einem in der Vergangenheit gewählten Stichtag das Vermögen zu bemessen und dann im Zeitraum von 10 Jahren die Abgabe zu zahlen. Abgabepflichtig sollen nur natürliche Personen sein, also nicht Firmen. In der Diskussion sind persönliche Freibeträge zwischen 250 T€ und einer Mio. € sowie Freibeträge für Betriebsvermögen zwischen 2 und 5 Mio. €. Durch einen in der Vergangenheit gewählten Stichtag für die Bemessung soll vermieden werden, dass sich Steuerpflichtige durch Verlagerung ihres Einkommens der Steuer entziehen können.

Zum einen ist nicht einzusehen, warum ganz überwiegend Unternehmensinhaber, dies sind soziologisch betrachtet die Reichsten in unserer Bevölkerung, für die Folgen der Finanzkrise aufkommen sollen. Nicht mittelständische UnternehmerInnen haben die Finanzkrise hervorgerufen und die Verschuldung des Staates verursacht. Dies waren in erster Linie Banken und Kapitalgesellschaften, die mit Derivaten und anderen nicht werthaltigen Finanzprodukten die Märkte überfluteten und destabilisierten.

Die richtigen Ansätze gegen diese Finanzprodukte und gegen Spekulationsblasen sind, zwingend Börsenplätze für sämtliche Derivate einzurichten, um diese hierüber kontrollieren zu können. Auch eine Finanztransaktionssteuer, zumindestens zunächst einmal innerhalb der EU, wäre ein vernünftiger Ansatz. Auch sollte die Eigenkapitalquote für Banken noch stärker als geplant erhöht werden.

Zwar wird von Seiten der Grünen darauf hingewiesen, dass eine Vermögensabgabe nur auf maximal 35 % des

Gewinns zu zahlen ist. Wenn also kein Gewinn im Laufe der 10 Jahre anfiel, müsste auch keine Vermögensabgabe gezahlt werden. Diese Beruhigung verfängt aber nicht. Denn nach einem DIW-Gutachten, welche die Grünen in Auftrag gaben, soll für die Bewertung des Vermögens § 202 des Bewertungsgesetzes gelten. Danach ist ein betriebliches Vermögen wie im Erbschaftsfall zu bemessen. Daher kommt es gerade nicht auf die Frage des Gewinns an, sondern lediglich auf den Wert. Es geht um eine Substanzsteuer.

Sollte tatsächlich eine natürliche Person keine Gewinne erzielen und daher keine Vermögensabgabe zahlen müssen, so muss man sich fragen, welche Personen genau solche Gestaltungsspielräume haben. Es sind die Top-Vermögenden unter den Reichen, die durch die Ausgestaltung ihrer Vermögensanteile es auch bewerkstelligen können, dass ihnen zehn Jahre in Folge kein Gewinn zufließt und sie sich vorübergehend über Darlehen finanzieren. All diese Gestaltungsmöglichkeiten haben Mittelständler meist nicht. Denn deren Vermögen ist in der Regel in Personengesellschaften investiert.

Nicht zuletzt auch wegen der mit der Steuer verbundenen hohen Bürokratiekosten ist zu hoffen, dass es nicht zur Vermögensabgabe kommt. Zielführender und auch auf Dauer ertragreicher sind statt der Besteuerung bereits versteuerten Vermögens Ertragssteuern, also z.B. die Erhöhung der Einkommenssteuer (bei gleichzeitigem Wegfall des Soli) oder aber die Erhöhung der Erbschaftsteuer. Noch besser wäre es, Steuern auf umweltschädliches Verhalten zu erheben (z.B. Schadstoffsteuer). Natürliche Personen durch eine Vermögensabgabe über die bestehenden Steuern hinaus zu belasten, entzieht gerade kleinen und mittleren Unternehmern und deren Firmen Kapital. Geld, welches dann für Zukunftsinvestitionen fehlt. Eine nachhaltige Steuerpolitik sieht anders aus.

Klaus Stähle

Vorstand UnternehmensGrün

Energiewende – für wen?

Weshalb der globale Aufbruch in das Zeitalter der Erneuerbaren vor Ort geschieht



Nina Scheer

Das Zeitalter der Erneuerbaren wird in den letzten Wochen einhellig angekündigt. Dabei wird allzu leicht überhört, dass die Energiewende sehr unterschiedlich verstanden werden kann. Weitgehende Einigkeit besteht inzwischen darin, dass früher oder später kein Weg an einer Vollversorgung durch erneuerbare Energien vorbeiführt. Zumindest öffentlich wird konsensual auch über die Dringlichkeit

dieser Wende gesprochen. Leicht wird dabei übersehen, dass der Konsens in Fragen der für die Energiewende zu ergreifenden Maßnahmen brüchig wird: Um welche Schritte geht es bei einer schnellstmöglichen Energiewende?

Energierévolution, made in Germany

Auf Deutschland blicken wir in Anbetracht des revolutionären Ausbaus erneuerbarer Energien binnen des letzten Jahrzehnts mit einem heutigen Anteil von 17 % am Bruttostromverbrauch als ein energiepolitisches Musterland. Als solches wird es offenbar in der Welt gesehen: Nahezu 50 Staaten kopierten das im Jahr 2000 in Kraft getretene Erneuerbare-Energien-Gesetz. Dessen Wesensmerkmal ist es, den erneuerbaren Energien Zutritt in einen fossil-atomar dominierten und mit entsprechenden Zugangshindernissen versehenen Markt zu verschaffen. Die Verknüpfung aus Abnahmegarantie und gesetzlichen Vergütungssätzen vermittelt den aufkeimenden Erneuerbare-Energien-Branchen Investitions- und Planungssicherheit. Eingebaute Degressionsstufen verhindern, dass die Vergütungssätze den zur Markteinführung erforderlichen Rahmen übersteigen. Das Umlage-System lässt seither die Gesellschaft an dem Vollzug der Energiewende teilhaben: Jeder anfallende Cent belegt eine bereits installierte Erneuerbare-Energien-Leistung bzw. eine in entsprechendem Maße vollzogene Energiewende, entsprechende vermiedene Energieimporte, vermiedenes CO₂ und vermiedene Altlasten. Die in Zusammenhang mit atomar-fossilen Energieträgern an die Gesellschaft zurückfallenden Kosten – man denke nur an die Geißel der atomaren Endlagerproblematik – sind uneingepreiste volkswirtschaftliche Lasten, die kein Äquivalent in einer unsere Zukunft sichernden Energie-Infrastruktur finden.

Die Wirkungsmechanismen des EEG haben gesellschaftliche Kräfte mobilisiert: Größtenteils ist der heute erreichte Anteil erneuerbarer Energien das Werk von Bürgern und Gemeinden, sowohl hinsichtlich der Investition als auch der Erzeugung. Das Schlüsselement bildet dabei die Dezentralität: Energiegewinnung und Energienutzung liegen nah beieinander. Für diese Entwicklung bedurfte es keines Supergrids, das die gewonnene Energie über hunderte oder



Windpark in Bad Marienberg im Westerwald

tausende Kilometer von der Energiegewinnungsquelle zu ihrem Entnahmepunkt überträgt.

Wenn es nun um die Frage der beschleunigten Energiewende vor dem Hintergrund des Klimawandels, der sich stets verschärfenden Ressourcenverknappung, aber auch nach den Erfahrungen aus Fukushima und einer damit neuen Erkenntnisdimension hinsichtlich des sog. Restrisikos geht, sollten eben diese Erfahrungswerte der „Energierévolution, made in Germany“ Orientierung geben und genutzt werden.

Blicken wir auf die derzeit durch die Bundesregierung geprägten Zielpunkte der Energiewende, so findet sich darin aber leider die eben hergeleitete Orientierung nicht wieder. Und dies zeigt sich schon an der Semantik: War vor Fukushima mit dem Wort „Energiewende“ die sich hierzulande dezentral vollziehende Einführung erneuerbarer Energien gedanklich verknüpft und war mit der „Akzeptanz der Bevölkerung vor Ort“ deren Duldung von Windkraftanlagen in Reich- bzw. Sichtweite gemeint, so wird heute mit der Energiewende auf die zu erschließenden Offshore-Potentiale verwiesen und mit der Akzeptanz vor Ort die Duldung von Stromtrassen eingefordert.

Die Bundesregierung proklamiert eine Energiewende. Sofortmaßnahmen stellen dabei auf Offshore-Windenergie ab. Es ist beabsichtigt, den Trassenbau von Überlandleitun-

gen zu beschleunigen. Hierfür benötigte Genehmigungen sollen nach dem Tenor des Energiepakets vereinfacht bzw. auf Bundesebene delegiert werden. Aber ist dies für die erklärtermaßen zu beschleunigende Energiewende förderlich? Es geht nach wie vor – insbesondere auf Landesebene – darum, die Genehmigungserfordernisse für Erneuerbare-Energien-Anlagen zu ändern. Wenn schon eine bundespolitische Einflussnahme: weshalb dann nicht insofern? Nach wie vor und nun nach dem Energiekonzept der Bundesregierung verschärft, werden zu viele Flächen und Standorte für eine regenerative Energiegewinnung ausgeschlossen. Ist dies mit einem gesellschaftlichen Interesse an einer beschleunigten Energiewende im Zeichen von Klimaschutz, Umwelt- und Ressourcenschonung vereinbar?

Im Kontext des Energiepakets der Bundesregierung wird der dezentrale Weg als Option für die Vollversorgung in seiner systemischen Bedeutung unterschätzt. Das herausragende Potential der regionalen Wertschöpfung durch klein- und mittelständische Unternehmen wird für die wirtschaftliche Entwicklung schlichtweg verkannt. Dabei ist in Deutschland die Energieerzeugung in Bürgerhand bereits Realität und erweist sich als Erfolgsrezept. Mit dem Konzept der Bundesregierung gerät insofern auch die gesellschaftliche Dimension der Energiewende aus dem politischen

Fortsetzung auf Seite 4

DIE 4. REVOLUTION

ENERGY AUTONOMY

www.energyautonomy.org
www.4-revolution.de

Der Film zur Energiewende
JETZT AUF DVD!

Deutschlands erfolgreichste Kinodoku des Jahres!

Der aufwändig inszenierte Dokumentarfilm ruft zur Energiewende auf, weg von fossilatomaren Rohstoffen hin zu Erneuerbaren. Die mitreißende Vision: Eine Gemeinschaft, deren Energieversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen gespeist ist - für jeden erreichbar, bezahlbar und sauber.

Mit beeindruckenden Bildern und klaren Aussagen zeigt der Film Lösungen auf, regt zum Weiterdenken und Handeln an und ist schon jetzt mehr als ein Film. Eine Bewegung. Helfen Sie mit, die Message zu verbreiten!

Bestellen Sie die DVD jetzt unter:
bestellung@fechnermedia.de
oder online unter www.fechnermedia.de/shop

Fortsetzung von Seite 3

Blickfeld. Vielerorts hat die Auseinandersetzung mit Energiegewinnung zur Bewusstwerdung über demokratische Prinzipien und Mitgestaltungsmöglichkeiten veranlasst bzw. beigetragen. Der bewusste Umgang mit energetischen Ressourcen bzw. Energie fällt zudem leichter, wenn eine individuelle Auseinandersetzung mit Energiequellen stattfindet. Die Energiewende ist letztlich auch eine soziale und kulturelle Herausforderung der Gesellschaft. Scheitert sie, ist weltweit weder soziale Gerechtigkeit noch ein würdevolles Zusammenleben der Menschen erreichbar.

Einem zentralistischen Verständnis der Energiewende förderlich wirkt, dass in der Frage des Atomausstiegs nicht etwa der Ethikkommission gefolgt wurde, die eine maximale Laufzeit von noch zehn Jahren vorschlug. Man folgte auch nicht dem Umweltbundesamt, das einen Ausstieg bis 2017 für möglich erachtet. Dabei hätte uns ein entsprechender Zeitdruck auch in der Frage nach sofort verfügbaren bzw. erschließbaren Erneuerbaren-Energien-Potentialen (weiter) auf Dezentralität verweisen können, einen entsprechenden Netzausbau mit Speichermöglichkeiten eingeschlossen.

Die historische Pflicht

Wäre es nach Fukushima nicht eine historische Pflicht, auf Basis einer entsprechenden Risiko-Neubewertung die Beherrschbarkeit der Atomenergie zu verneinen und dies etwa durch eine entsprechende Hochsetzung bzw. Aufhebung der Versicherungshöchstgrenze zu normieren? Auf Grundlage der Kalkulation der Haftungsrisiken eines nie gänzlich auszuschließenden Supergaus folgte daraus ein faktischer Sofort-Ausstieg. Ein auf der Grundlage aller abzuwägenden Interessen für erforderlich gehaltener Weiterbetrieb von Atomkraftwerken für nur noch wenige Jahre könnte mit Übergangsfristen ermöglicht werden.

Unabhängig von der nach dem Energiepaket noch verbleibenden Laufzeit der Atomkraftwerke sollten alle Anstrengungen unternommen werden, den Ausbau der zentralen Energiegewinnung voranzutreiben bzw. zu ermöglichen.

Parallel hierzu ist darauf zu achten, dass die Stromkonzerne, die sich vor dem Hintergrund der veränderten Weichenstellungen als schwindende Energieerzeuger erkennen, keine der Energiewende entgegenzusetzen und dabei ihrem Systemerhalt zuträglichen Maßnahmen ergreifen: Im Sinne einer ökologischen Steuerreform sollte eine umfassende und die herkömmlichen Energie- bzw. Ökosteuern ersetzende Schadstoffsteuer eingeführt werden, die bereits Hermann Scheer forderte. Anders als jene, bezieht sich die Schadstoffsteuer ausschließlich auf die im Zusammenhang mit der Energienutzung anfallenden Schadstoffe und nicht auf die Menge oder den Preis der eingesetzten Energie. So ist sie auch nicht anfällig für Inflation und übertragbar auf jedweden Schadstoff. Um dies steuerlich zu bemessen, bedarf es einer Umrechnungsformel, die sich an dem Umwelt-Schädigungspotential des Energieträgers misst. Hiermit könnte u.a. das Ausweichen der Stromkonzerne auf den forcierten Zubau von Kohlekraftwerken verhindert werden.

Im Recht der Bauleitplanung müssen erneuerbare Energien nicht nur als öffentlicher Belang festgeschrieben werden, sondern auch unter diesen (öffentlichen Belangen) den Vorrang erhalten, was sich nach Hermann Scheer dadurch rechtfertigt, dass erneuerbare Energien mehrere der genannten Kriterien für öffentliche Belange gleichzeitig erfüllen: „Sie dienen dem Natur- und Umweltschutz, weil dieser nur noch durch den umfassenden Wechsel zu einer emissionsfreien Energienutzung gewährleistet werden kann“.

Die Energiewende liegt in Bürgerhand, je direkter desto schneller.

Dr. Nina Scheer

Geschäftsführerin UnternehmensGrün

Die Chance der Atomkonzerne



Cornelia Ziehm

Angesichts der Atomkatastrophe von Fukushima hat die Bundesregierung beschlossen „schnellstmöglich“ aus der Atomenergie aus- und beschleunigt in das Zeitalter der erneuerbaren Energien einzusteigen. Die sieben ältesten deutschen Atomkraftwerke und der Reaktor Krümmel werden stillgelegt. Die letzten Meiler in Deutschland sollen 2022 vom Netz gehen.

Sicherlich, die Stilllegung der acht Atomkraftwerke ist ein längst überfälliger Schritt. Gewiss, „schnellstmöglich“ ist der Ausstiegsfahrplan der 13. Atomgesetznovelle mitnichten. Natürlich geht es schneller als 2022. Die Bundesregierung hat insoweit die von ihr selbst gesetzten Maßstäbe nicht erfüllt. Und es ist tragisch, dass sie für ihre Entscheidungen erst der – noch immer andauernden – Reaktor Katastrophe von Fukushima bedurfte. Gleichwohl: Es besteht jetzt die historische Chance zu einem parteiübergreifenden, gesellschaftlich getragenen Konsens zum Ausstieg aus der Atomenergie. Schafft Deutschland die Energiewende, wird davon national und international ein Signal ausgehen, das in seiner Bedeutung kaum überschätzt werden kann.

Wenig überraschend ist es, dass sich die oder zumindest einige Atomkonzerne offenkundig einem solchen Konsens verweigern und gegen die 13. Novelle des Atomgesetzes vor dem Bundesverfassungsgericht klagen wollen. Sie sehen sich in ihrem Eigentumsgrundrecht angeblich verletzt, weil sie zugeteilte Reststrommengen nicht vollständig in Anspruch nehmen könnten und es an einer Begründung für eine unterschiedliche Behandlung einzelner Atomkraftwerke fehle. 2001 hatten die Atomkraftwerks-Betreiber schriftlich versichert, den Inhalt der seinerzeitigen Ausstiegsvereinbarung „dauerhaft“ umsetzen zu wollen. Sie begingen bekanntlich Wortbruch. Sie hätten jetzt die Chance, ihre beschädigte Glaubwürdigkeit zu reparieren.

Inhaltlich sei im Hinblick auf etwaige Verfassungsbeschwerden der Atomkraftwerks-Betreiber zudem das Folgende angemerkt: Es ist bereits fraglich, ob öffentlich-rechtliche Genehmigungen Eigentumspositionen im Sinne von Artikel 14 Grundgesetz vermitteln. Entsprechendes gilt für die Reststrommengen. Sie sind nämlich nicht, wie beispielsweise Sozialversicherungsansprüche, „verkehrsfähig“. Selbst wenn man das anders sehen wollte, so ist es doch jedenfalls unbestritten, dass der Gesetzgeber Inhalts-

und Schrankenbestimmungen des Eigentums treffen kann. Dies muss er in verhältnismäßiger Art und Weise tun. Die jetzt geplante Eingriffsintensität ist indes sehr gering. Denn Maßstab ist die Regelung des Atomgesetzes von 2002, nicht aber – weil verfassungswidrig – die Laufzeitverlängerung der 11. Atomgesetznovelle vom Januar 2011. Im Übrigen haben sich spätestens 27 Jahre nach Beginn des kommerziellen Leistungsbetriebs die Investitionen in die Atomkraftwerke nicht nur amortisiert, sondern mit einem Gewinn verzinst, welcher der Höhe der Umlaufrendite öffentlicher Anleihen entspricht.

Zwar ist es richtig, dass den Atomkraftwerken mit dem beschlossenen Ausstiegsfahrplan teils unterschiedliche Restlaufzeiten zugestanden werden und die Begründung seitens der Bundesregierung insofern äußerst dürftig ist. Es ist aber davon auszugehen, dass sich der Bundestag als Gesetzgeber bei seiner Entscheidung von Sicherheitserwägungen, von der Bedeutung einzelner Anlagen für die Netzstabilität und die Versorgungssicherheit in bestimmten Regionen etc. leiten ließ. Artikel 3 Absatz 1 Grundgesetz verbietet nur willkürliche Ungleichbehandlungen.

Möglicherweise wollen die Atomkraftwerks-Betreiber mit einer Klage ja aber schlicht und einfach auch nur Zeit gewinnen, um die Auflösung ihrer Rückstellungen für den Abriss und die Entsorgung stillgelegter Atomkraftwerks hinauszuzögern. Denn die Rückstellungen für die künftig für Abriss und Entsorgung anfallenden Kosten werden durch bloße Buchungsrückstellungen in Höhe von rund 30 Milliarden seitens der Atomkraftwerks-Betreiber nachgewiesen. Mit diesem Geld können die Konzerne weiter arbeiten, zu einem guten Teil sogar steuerfrei. Es handelt sich um versteckte Subventionen für die Atomenergie. Es erstaunt nicht, wenn die Unternehmen um diese versteckten Subventionen weiter kämpfen. Solche Unternehmens-



interessen dürfen jedoch nicht ein weiteres Mal einer nachhaltigen Umsteuerung in der Energiepolitik entgegenstehen. Die Bundesregierung muss daher nach der Sommerpause die Überführung der Rückstellungen für Abriss und Entsorgung in einen öffentlich-rechtlichen Rückstellungsfonds angehen. Auch aus Gründen ihrer Glaubwürdigkeit.

Dr. Cornelia Ziehm

Rechtsanwältin und Leiterin Klimaschutz und Energiewende der Deutschen Umwelthilfe e.V. (DUH) in Berlin

Impressum



Herausgeber: UnternehmensGrün e.V., Wielandstraße 17, 10629 Berlin, T 030/32599683, F 030/32599682, E-Mail: info@unternehmensgruen.de, www.unternehmensgruen.de Redaktion: Dr. Nina Scheer, Chefredakteurin, v.i.S.d.P. Layout: Ute Vogt, freelance project, Stuttgart Redaktionsbeirat: Bernd Faller, Andreas Buchner, Klaus Stähle Druck: Oktoberdruck, Berlin; gedruckt auf 100% Recyclingpapier Erscheinungsweise: zwei Mal jährlich; Preis im Jahresabonnement: 20,- € zzgl. 5,00 € Versand, für Mitglieder kostenlos. Anzeigenpreisliste auf Anfrage, Abonnements nimmt der Herausgeber entgegen. Das Abonnement kann acht Wochen vor Jahresende abbestellt werden. Alle in unserer Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Der Inhalt darf ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers in keiner Form – weder durch Fotokopie, noch durch andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Datenverarbeitungsmaschinen verwendbare Sprache übertragen werden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann der Herausgeber keine Haftung übernehmen. Bildnachweise: ©GRAFFIT; Joachim E. Roettgers; istockphoto; UnternehmensGrün-Archiv, Wikipedia, M. Metz; Birgit Ziemke.

Die Projektträger: EUROSOLAR und die Hermann-Scheer-Stiftung starteten Ende Juni in Kooperation mit UnternehmensGrün die Informationsplattform Energieallee A7 im Rahmen der gleichnamigen Projektinitiative.

energieallee A7

www.energieallee-a7.de



Konzept

Die Initiative hat zum Ziel, dem von Hermann Scheer entwickelten und von EUROSOLAR vorgestellten Konzept „Energieallee A7“ zur Umsetzung zu verhelfen.

Die Online-Informationsplattform dient dazu, Konzepte, Akteure und Hinweise zusammenzuführen, um die Energieallee A7 auf dem direktesten Weg zum Leuchtturmprojekt für eine dezentrale Erneuerbare-Energien-Gewinnung werden zu lassen.

Die Informationsplattform ist darauf angelegt, die Umsetzung der Energieallee A7 anzukurbeln und zu erleichtern. Durch die Online-Präsentation hierfür benötigter Informationen sowie Hinweise auf involvierte Ebenen und Akteure wird das breite Spektrum an Aufgaben und Lösungswegen aufgezeigt, die das dezentral strukturierte Großvorhaben Energieallee A7 Wirklichkeit werden lassen. Die Plattform wächst mit den verfügbaren Informationen, entsprechenden Akteuren und Unterstützern.



Großprojekte faszinieren, auch wenn es, wie beispielsweise bei der Atomkraft, die falschen sind. Technische Strukturen, die kleinteilig und dezentral angelegt sind, entfalten weniger Anziehungswirkung, obwohl sie oft Besseres und mehr leisten als großtechnische Projekte. Dies ist ein Problem für die erneuerbaren Energien. Deshalb ist es an der Zeit, die Leistungsfähigkeit dieser Technologien in einem Leuchtturmprojekt zu demonstrieren, das weltweit Aufmerksamkeit erregen wird.

Dieses Leuchtturmprojekt ist die Energieallee A7. Entlang der längsten deutschen Autobahn, die sich von Nord nach Süd durch das ganze Land zieht, sollten an allen möglichen Standorten Windkraftanlagen der 5 MW-Klasse errichtet werden. Im Rahmen eines physisch-geografischen Gutachtens wurden insgesamt 1.251 Standorte identifiziert, wobei es sich hier um eine Mindestanzahl handelt. Dieser Windpark würde über eine installierte Leistung von insgesamt 6.255 MW verfügen und könnte pro Jahr rund 13.500 GWh Strom erzeugen, was dem Jahresverbrauch von 3,7 Millionen Haushalten entspricht. Das Projekt deckt 2,2 Prozent des deutschen Bruttostromverbrauchs ab. Dadurch können 11,6 Millionen Tonnen CO₂ vermieden werden.

Das Investitionsvolumen für die Energieallee A7 beläuft sich auf 7,5 Milliarden Euro. Es wäre die weltweit bisher größte Windkraftinvestition, die der im Verhältnis zu Offshore-Anlagen kostengünstigeren Onshore-Technik neuen Auftrieb geben würde. Das Projekt stellt ein Konjunkturprogramm ohne staatliche Förderung dar, da durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz die Einspeisevergütungen für die Windkraftanlagen auf die Stromkunden umgelegt werden.

Der Bau von Windkraftanlagen entlang von Bundesfernstraßen bietet sich deshalb besonders an, weil hier das Landschaftsbild durch das Trassenbauwerk ohnehin schon verändert wurde. Der naturästhetische Eingriff ließe sich dadurch minimieren. Auch die Energiegewinnung aus anderen erneuerbaren Energieträgern, der Sonne und Biomasse, soll nach Möglichkeiten eingebunden werden.

Selbstverständlich kommt nicht nur die A7 für ein solches Vorhaben in Betracht. Das Konzept kann als Muster für ähnliche Projekte an anderen Autobahnen in Deutschland und Europa dienen.

Die Projektträger:



Kooperationspartner:



Maximen der Nachhaltigkeit

Über Maßstäbe und Orientierung für Wirtschaft und Verbraucher

Interview mit Prof. Dr. Edda Müller, Vorsitzende Transparency International Deutschland

Red: UnternehmensGrün befasst sich derzeit verstärkt, so auch ein Schwerpunktthema in der vorangegangenen Ausgabe des UnternehmensGrün Journals, mit der Frage nach seltenen Erden, der Herkunft und Verwertung von Rohstoffen. Welche Blickfelder öffnen sich nach Ihrer Sicht auf diese Thematik?

Müller: Wir brauchen dringend mehr Transparenz bei den Aktivitäten Rohstoff fördernder Unternehmen. Nicht selten sichern sich internationale Unternehmen gerade in Ländern, die in unserem Korruptionswahrscheinlichkeitsindex auf den unteren Plätzen rangieren im Rahmen von Verträgen mit den jeweiligen Regierenden für Jahrzehnte das Recht zum Abbau von Rohstoffen. Die Wahrscheinlichkeit, dass hierfür Gelder in die Taschen der jeweiligen Regierenden fließen ist sehr groß. Es gibt Beispiele, etwa Länder wie Gabun, ein Erdölland, wo die Bevölkerung hungert und zugleich von ehemaligen Regierungschefs riesige Reichtümer außerhalb des Landes angehäuft wurden. Wir unterstützen daher die ‚Extractive Industries Transparency Initiative‘, die sich für Transparenz bei Rohstoff fördernden internationalen Unternehmen einsetzt. Wichtig ist hier Transparenz der Verträge, auch hinsichtlich der Laufzeiten. Wir von Transparency International Deutschland meinen, dass wir auch beim Desertec-Projekt, das ja in einer sehr korruptionsanfälligen Region realisiert werden soll, Vorkehrungen brauchen, um Korruption wirksam zu verhindern. Hier wird zwar kein Rohstoff aus der Erde geholt, sondern die Sonne sozusagen als Rohstoff genutzt. Gleichzeitig werden aber Flächen in Anspruch genommen. Deshalb halten wir es für dringend erforderlich, dass über solche Verträge Transparenz geschaffen wird, wonach ersichtlich wird, welche Firmen partizipieren, wo welche Lizenzen herkommen, wie lange die Verträge laufen. Wir wissen von Schätzungen der Weltbank, dass in entsprechenden Projekten, die ja zumeist umfangreiche Baumaßnahmen umfassen, bis zu 20 % der Investitionen als Korruptionsgelder verloren gehen. Hier werden also nicht nur Ineffizienzen geschaffen, sondern auch das Risiko für unnötig aufwändige Bauten eingegangen bzw. geschürt. Bei Desertec sollen in den nächsten 30 Jahren immerhin 400 Milliarden Euro verbaut werden. Wir von Transparency International Deutschland wüssten gerne, was das Konsortium unternimmt, damit die Gelder nicht in die falschen Kanäle fließen. Wir haben uns an das Konsortium gewandt und wollen darauf hinzuwirken, dass die Aktivitäten nicht nur transparent verlaufen, sondern von einem wirksamen Compliance Programm zur Korruptionsprävention begleitet werden.

Red: Wäre es denn aus der Perspektive auch deutscher Unternehmen vertretbar, den freien Zugang zu Rohstoffquellen zu sichern, wie mit der Gründung der Deutschen Rohstoffagentur im letzten Herbst beabsichtigt? Was könnte im Kontext von Umweltverantwortlichkeit und Nachhaltigkeitszielen eine Prämisse der deutschen Politik sein?

Müller: In der Vergangenheit waren deutsche Firmen im direkten Geschäft des Abbaus sowie der Gewinnung von Rohstoffen u.a. auch in Ländern der 3. Welt relativ wenig vertreten. Derzeit sind etwa Wintersheim, BASF, inzwischen auch E.ON und RWE hier aktiv, während ein Großteil der Unternehmen die Rohstoffe je nach Bedarf einkauft. Obwohl Deutschland ja ein relativ rohstoffarmes Land ist, ist insofern eine systematische Sicherung des langfristigen Zugangs zu bestimmten Rohstoffquellen bisher erstaunlicherweise nicht so sehr verbreitet. Mit der Rohstoffagentur ändert sich dies möglicherweise. Es wäre daher dringend erforderlich, dass

„Die größte Herausforderung besteht wahrscheinlich darin, zu einem wirksamen Verbraucherschutz zu gelangen.“

Deutschland von vornherein eine Politik der Transparenz und Verantwortlichkeit im Bemühen um Rohstoffsicherung betreibt. Die USA haben gerade als Reaktion auf die Finanzmarktkrise mit dem Dodd-Frank-Act solche Transparenzverpflichtungen und Verantwortlichkeiten für Finanztransaktionen festgeschrieben. Sie werden sich mit Sicherheit auch auf die Investitionstätigkeit im Bereich der Rohstoffsicherung auswirken.

Red: Vielleicht ist es kein Zufall, dass in Zeiten der Thematisierung von Rohstoffabbausicherung auch über die militärische Sicherung von Handelswegen gesprochen wird? Ist der Staat und durch ihn die Bundeswehr für den Schutz privatwirtschaftlich getroffener Handelentscheidungen verantwortlich? Wohin führt das?

Müller: Einen Zusammenhang zwischen Wirtschaftsinteressen, den jeweiligen Unternehmen und den politischen Regimen, die vor Ort unterstützt werden, gab und gibt es immer wieder. Interessant ist nun, dass es sich heute nicht mehr auf die klassischen Abbaurechte für Mineralien und andere Rohstoffe beschränkt, sondern vermehrt auch auf das Land, wie etwa am Beispiel von Desertec und der hier benötigten Landfläche zu sehen, oder auch für den Anbau von Ölpflanzen. Auch diese Unternehmen sorgen wiederum dafür, dass ihr Zugang und ihre Erträge für längere Zeit gesichert sein werden.

Red: Was sind die wichtigsten Herausforderungen für den Verbraucherschutz?

Müller: Die größte Herausforderung besteht wahrscheinlich darin, zu einem wirksamen Verbraucherschutz zu gelangen. Nach wie vor ist es nicht gelungen, die richtigen politischen Instrumente zu finden. Dabei geht es nicht nur um den Schutz des Verbrauchers vor Gesundheitsgefahren, sondern auch darum, die Nachfrage des Verbrauchers bzw. dessen Macht als Konsumhaltung für den ethischen Werterhalt zu berücksichtigen. Diese Seite wird von der Zuständigkeit der Welthandelsorganisation nicht abgedeckt. Ich habe beobachtet, dass der sog. informatorische Verbraucherschutz hochgepriesen wird, also Transparenz zu schaffen. Dabei habe ich Folgendes festgestellt: Zum einen sind Forderungen nach Transparenz und zuverlässiger Information, womit die Verbraucher in die Lage versetzt werden, entsprechende Entscheidungen zu treffen, fast noch umstrittener und konfliktträchtiger als Ordnungsrecht im klassischen Sinne. So ist es geradezu symptomatisch, dass man sich derzeit mit Händen und Füßen gegen die Offenlegung der Gaststättenkontrollen für Hygiene wehrt, was in anderen Ländern selbstverständlich ist. Zum anderen gibt es die Problematik, dass Informationsinstrumente geschaffen werden, wie zum Beispiel die Beratungsprotokolle im Finanzdienstleistungsbereich, die zu einer Verlagerung der Verantwortung von den Unternehmen auf die Verbraucher führt. D.h. wir bekommen immer mehr Holschuld der Verbraucher. Die Verbraucher müssten sich im Grunde genommen den ganzen Tag über mit Informationen beschäftigen. Sie müssten kontinuierlich überprüfen, mit welchem Anbieter sie am billigsten telefonieren, dann müssten sie mindestens jeden zweiten Monat schauen, ob sie nicht den Stromanbieter wechseln sollen usw. Das halte ich sowohl unter sozialen Aspekten als auch mit Blick auf das unterschiedliche Wissensniveau der Verbraucher für unzumutbar, zumal die Menschen hierfür keine Zeit haben. Damit wird die Zielsetzung, Transparenz zu schaffen, konterkariert. Häufig sind zudem die Informationen darauf angelegt, die Vergleichbarkeit von Produkten, Tarifen usw. zu erschweren. Die klassische marktwirtschaftliche Philosophie „alle Infor-



Prof. Dr. Edda Müller

Nach dem Studium der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und einem Studium an der Ecole Nationale d'Administration (ENA) in Paris war Edda Müller in den verschiedensten Funktionen in Politik, Administration, Wissenschaft und im Bereich der Verbraucherverbände tätig. Sie ist derzeit Vorsitzende von Transparency International Deutschland.

Zuvor war sie Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands, Vizedirektorin der Europäischen Umweltagentur in Kopenhagen, Leiterin der Abteilung Klimapolitik des Wuppertal Instituts, Ministerin für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein und Ministerialdirigentin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, zuständig u.a. für Klimapolitik. Weitere berufliche Stationen waren das Umweltbundesamt, die Planungsabteilung des Bundeskanzleramts und die Verfassungsabteilung des Bundesinnenministeriums.

Edda Müller ist Honorarprofessorin an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Sie ist ehrenamtlich tätig u.a. als stellvertretende Vorsitzende der Jury Umweltzeichen, Mitglied im Beirat des Innovationszentrums Mobilität (InnoZ) sowie der Expertengruppe für sozio-ökonomische Forschung und Geisteswissenschaften der Generaldirektion Forschung der EU-Kommission. In zahlreichen Veröffentlichungen hat sie sich mit Fragen der Umwelt-, Klima- und Verbraucherpolitik sowie dem Interessenausgleich in modernen Demokratien beschäftigt.

mationen werden im Preis gebündelt‘, funktioniert nicht mehr. Aufgrund der Fülle mit zu berücksichtigender und freiwillig zu vergleichender Aspekte die Verbraucher überfordert. Das ist meines Erachtens die derzeit am Markt genutzte Strategie.

Red: Wie kann man das durchbrechen?

Müller: Nehmen wir mal den Finanzdienstleistungsbereich. Hier muss gesehen werden, an welcher Stelle mit klaren Vorgaben und auch Verboten gearbeitet werden kann. Es war eines der großen Versäumnisse auch des ehemaligen Finanzministers Peer Steinbrück, der dafür gesorgt hat, dass z.B. die Hedgefonds für den privaten Kunden in Deutschland 2003/2004 freigegeben wurden. Sie waren zuvor nicht für den Privatmarkt zugelassen. Man folgte dann der Philosophie, einen deutschen Finanzplatz zu brauchen. Insofern bedarf es zunächst Regeln, aufgrund derer sich die Verbraucher darauf verlassen können, dass es auf dem Markt einigermaßen fair zugeht und man sich nicht damit herausreden kann, es handele sich nur um „wenige schwarze Schafe“.

Red: Wie betrachten Sie die Problematik mit dem Umgang von Quecksilber in Energiesparlampen?

Müller: Man hatte einen Zielkonflikt: weniger Energieverbrauch und Quecksilber gegenüber einem höheren Energieverbrauch. Der Quecksilberproblematik begegnete man mit einer Vorschrift zur gesonderten bzw. getrennten Erfassung der Energiesparlampen.

Red: Was bedeutet das konkret?

Müller: Das bedeutet, dass sie in den Wertstoffhöfen der Kommunen abzugeben sind, also nicht über den Hausmüll entsorgt werden dürfen. Dann wurde natürlich sehr schnell diskutiert, wie viele Leute sich tatsächlich entsprechend verhielten. Man braucht hier näher am Verbraucher liegende Lösungen, etwa die in Berlin nun eingeführte orangene Wertstofftonne. Sinnvoll wäre auch der Einsatz eines bereits entwickelten Splitterschutzes, wonach die Gefahr des Quecksilberaustritts erheblich reduziert wird.

Red: Aber wäre nicht ein Pfandsystem ein sichereres Mittel?

Müller: Das ist sicher so, weil ja ein Anreiz geboten wird, es an die gewünschte Stelle wieder zurück zu bringen. Eine ein-drucksvollste Erfindung war damals die Erfindung des Einkaufschips im Supermarktbereich.

Red: Im Kontext des EEG wird teilweise eine verbraucher-schützende Ebene mit Blick auf die Bezahlbarkeit des Stroms diskutiert. Wie stehen Sie zu dieser Diskussion?

Müller: Neben einer sicher erforderlichen genaueren

Betrachtung der Umlage-Berechnung von EEG-Vergütungen und der Frage der Degressionen ist der soziale Aspekt, die Bezahlbarkeit, diskussionswürdig. Ich halte es aber nicht für zielführend, Strom von vorneherein mit einem Sozialpreis zu belegen, indem die Differenz über den Steuerzahler ausgeglichen wird. Ich bin vielmehr dafür, dass man hier einen Mengen-aspekt mit einem gewissen Lastmanagement verbindet. In Italien hatte man etwa für jeden Haushalt bestimmte Mengenkontingente bestimmt, wonach ein Haushalt einen bestimmten Tarif für den Strom zu einem relativ niedrigen Preis erhält. Darüber hinaus wird es progressiv teurer. Das wäre z.B. eine Möglichkeit. Dies könnte man dann mit den Smart-Grid-Optionen koppeln, wonach über Stromzähler Strom auch zu günstigeren Zeiten zu erhalten wäre. Gerätehersteller sicherten uns zu, dass dies möglich sei. (...). Die Preissensibilität der Verbraucher ist allerdings wesentlich komplexer. Es gibt ganze Konsumbereiche, in denen der Preis nicht das entscheidende Argument ist. Das gilt z.B. für den Bereich Sportgeräte, Sportschuhe, wenn man als Jugendlicher eine bestimmte Marke tragen will ...

Red: ... und auch beim Auto. Wie definieren Sie die Funktion des Verbraucherschutzes?

Müller: In meiner Amtszeit als Verbraucherchefin definierte ich immer zwei Ziele. Das eine ist der Schutz vor Gesundheitsgefahren und natürlich auch von Übervorteilung, d.h. also die Gewähr für Preis-Leistungsverhältnisse. Das Zweite war die volkswirtschaftlich-gesellschaftliche Funktion. Ich habe immer dafür plädiert, den Verbraucher nicht in Watte

zu packen. Er muss Verantwortung übernehmen. Dafür braucht er bestimmte Rahmenbedingungen, die wir schaffen müssen. Insofern haben wir auch das EEG. Auf EU-Ebene habe ich mich aber auch z.B. immer gegen eine unreflektierte Förderung des e-commerce ausgesprochen. Wenn etwa – damals von Seiten der bulgarischen Kommissarin – als Entwicklungsdefizit bezeichnet wurde, dass die Verbraucher in Deutschland restriktiv e-commerce nutzen, konnte ich auf lebendige Städte mit vielfältigem Angebot ohne Mangelwirtschaft, bei der man auf Internetbestellung angewiesen ist, verweisen.

Insofern halte ich für unsere Lebensqualität mit urbanen Bereichen für erforderlich, den Einzelhandel zu stärken und z.B. Regelungen zu finden, die lebendige Innenstädte stützen. Problematisch ist auch die Entwicklung, wonach sich Konsumenten in Fachgeschäften beraten lassen, um anschließend zu Discountern zu gehen bzw. im Internet eine Bestellung aufzugeben. Dies führt dazu, dass die Fachgeschäfte entweder verschwinden, oder aber sich ihre Beratung bezahlen lassen werden. Das sind Beispiele für eine gesellschaftliche, kulturelle Verantwortung von Konsum. An ihnen wird deutlich, dass es nicht allein um den kurzfristig betrachteten Preis gehen darf, sondern letztlich die Sozialverträglichkeit zählt.

Sehr geehrte Frau Prof. Müller, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte
Dr. Nina Scheer am 23. Mai.



Einführung durch Wilfried Münch und ...

Umwelt-Wirtschaftsethik

Die achte Veranstaltung der Vortragsreihe



Die Vortragsreihe bietet ein Forum für die Auseinandersetzung mit wirtschaftsethisch begründeten Fragestellungen. Hierbei wird das Ziel verfolgt, die Zusammenhänge zwischen ökonomischen Prämissen und Umweltverantwortlichkeiten aufzuzeigen und diese als ethischen Anspruch zu formulieren.

Am 19. April fand die Vortragsreihe Umwelt-Wirtschaftsethik erstmalig in Stuttgart statt. Als achte Veranstaltung der in Kooperation mit EUROSOLAR e.V. und der GLS Bank ausgerichteten Reihe lud die GLS Bank Stuttgart in ihre Räumlichkeiten ein, was von ca. 90 Teilnehmern aufgenommen wurde. Ebenbürtig mit der vorangegangenen Veranstaltung am 21. November 2010 in Berlin (vgl. den Tagungsbericht in der Vorausgabe dieser Zeitschrift, S. 10), damals mit den Referenten Dr. Harry Lehrmann, Umweltbundesamt und Dr. Fabio Longo, Rechtsanwalt und Vizepräsident von EUROSOLAR e.V., hatte auch der 19. April eine Lesung aus dem letzten Buch von Dr. Hermann Scheer (1944-2010), Der EnergieEthische Imperativ – 100% jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist, zum Thema.



Gemeinsam mit Dr. Fabio Longo las diesmal Dr. Nina Scheer in ihrer Funktion als Vorstand der zum Jahresende 2010 entstandenen Hermann-Scheer-Stiftung.



... Gottfried Härle

In den Abend führten sowohl Wilfried Münch, Leiter GLS Bank Stuttgart als auch Gottfried Härle, Vorstand Unternehmens-

Grün ein. Winfried Münch erläuterte die Ausrichtung und Grundsätze der GLS Bank und deren Verknüpfungen zu den Inhalten des Buches. Dabei hob er die Bedeutung erneuerbarer Energien sowohl aus umweltethischen Aspekten als auch ökonomischen hervor. Gottfried Härle stellte die Veranstaltungsreihe mit bereits behandelten Themenfeldern vor und unterstrich hierbei die Relevanz der Energiewende, hin zu erneuerbaren Energien. Hermann Scheer habe mit seinem energiepolitischen Wirken für den Verband immer eine wichtige Orientierung geboten.

Nina Scheer knüpfte an die gegenwärtige energiepolitische Diskussion an und wies mit entsprechenden Passagen aus dem Buch auf die Problematik des Scheinkonsenses und der Strukturkonflikte hin: Selbst wenn heute allgemein die Ablösung fossil-atomarer Energieträger durch regenerative Energien für notwendig befunden wurde, dürfe dieser Konsens nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit entsprechenden Erkenntnissen nicht zugleich widerstreitende Interessen überwunden sind. Die auf Großversorgungsstrukturen angelegte herkömmliche Energiewirtschaft sei systemisch nicht auf dezentrale Energiegewinnungs- und versorgungsstrukturen vorbereitet. Allein aus Systemerhaltungsinteressen definieren sich insofern Strukturkonflikte, wie sie akut etwa auch in der Fürsprache für Offshore-Windenergie, verbunden mit Übertragungsnetzen in den Süden, zu erkennen sind. Eine solche Lesart der Energiewende werde und sei eng mit den Interessen der Stromkonzerne verknüpft, statt eine Orientierung an dem strukturellen Kernelement der Energiewende binnen der letzten elf Jahre auf Basis des EEG



v.l.n.r.: Dr. Fabio Longo, Dr. Nina Scheer

vorzunehmen, die dezentral strukturiert und grobenteils durch Privathaushalte vollzogen wurde.

Fabio Longo führte im Anschluss hieran die Chancen und Aufgaben für Kommunen aus, die sie aus einer Energiewende mit einer dezentral angelegten Energiewende ziehen. Dabei ging er auch auf die Ausführungen des Buches zu Desertec und Seatec ein, unter Nennung der Gründe, die nach Hermann Scheer keinen absehbaren, kalkulierbaren und nahe liegenden Anteil an der hiesigen Stromversorgung leisten können.

Für die Energiewende entscheidend – und so auch die abschließenden Zeilen des Buches – sei die „ultimative Beschleunigung“ als Ausdruck des energetischen Imperativs zur Erreichung des Zeitalters der erneuerbaren Energien.

Finanzmarkt und Gesellschaft im Lichte widerstreitender Interessen

Interview mit Dirk Müller

Red: Welche Optionen bestehen, auf dem Finanzmarkt Nachhaltigkeitsziele zu verfolgen?

Müller: Man muss erstmal entscheiden, in welchen Bereichen wir über Nachhaltigkeit sprechen. (...).

Bei der sozialen Nachhaltigkeit haben wir z.B. ein Riesenproblem innerhalb unseres Finanzsystems. Unser Finanzsystem ist so aufgebaut, dass sich im Laufe der Jahrzehnte immer mehr Geld bei immer weniger Menschen zusammenballt. Die Masse der Menschen erwirtschaftet die Erträge und hat von diesem Geld eigentlich nichts. Dies führt am Ende zu extremen sozialen Spannungen, wie wir es momentan in Griechenland sehen, aber auch in der eigenen Bevölkerung: Es gibt Menschen, die drei/vier Jobs übernehmen müssen, um überhaupt über die Runden zu kommen. Wir haben in Deutschland fünf Billionen € Geldvermögen der privaten Haushalte. Die Hälfte der Bevölkerung hat davon gar nichts und die oberen 10% mehr als 60% dieses Vermögens. Diese Entwicklung verschärft sich zunehmend und führt zu extremen sozialen Verwerfungen innerhalb der Gesellschaft. Wir haben diese Probleme seit Jahrhunderten: immer wieder nach dem gleichen Schema. Am Ende geht es immer darum, das System neu aufzusetzen. Mal ist es eine Währungsreform, mal ist es ein Schuldenschnitt, mal ist es ein „New Deal“. Es ist immer der Moment, an dem wieder Kapital umverteilt wird. Nach ein paar Jahrzehnten ist dieser Punkt wieder erreicht. Wenn es um soziale Nachhaltigkeit geht, müssen wir unser gesamtes Wirtschaftssystem in Frage stellen, indem wir es so weiter optimieren, dass es nicht wieder zu diesen sozialen Verwerfungen im Lauf der Jahrzehnte kommt.

„Es ist ein Problem, dass wir – global betrachtet – viel zu viel aus dem Kreislauf entnehmen.“

Beispielsweise ist das Thema der Vererbung ein ganz großes Problem, das auch noch durch unsere schrumpfende Gesellschaft immer mehr Vermögen bei immer weniger Leuten zusammenballt und die dieses Geld nicht in die Produktion, in die Wirtschaft investieren, sondern in Form von Anleihen, von Zinsen, von angelegtem Geld. Würde man beispielsweise die Erben verpflichten, das Geld nicht fest gegen Zins anzulegen, sondern in die Wirtschaft und gute Ideen zu investieren, landete das Geld an anderer Stelle wieder im System und würde wieder verteilt. Das wäre z.B. eine Überlegung, soziale Nachhaltigkeit zu gestalten.

Red: Könnte man nicht auch gleiche Effekte durch Geldanlage-Kriterien erreichen, wonach Geld nachhaltig anzulegen wäre und somit nicht in sozial und ökologisch schädliche Aktivitäten flösse?

Müller: Das wäre auch ein wichtiger Punkt, würde aber die beiden vermischen. Die soziale Nachhaltigkeit stärkt dies nicht unbedingt, wenn ich in ökologische Projekte investiere. Sagen wir mal, ich gebe ein Darlehen für einen Wind- oder Solarpark und bekomme auf jeden Fall meine Zinsen, selbst wenn die Sonne nicht scheint und der Solarpark Verluste macht: Mein Geld mehrt sich, obwohl auf der anderen Seite überhaupt nicht produziert wird.

Red: ... Auch wenn das bedeutete, dass durch die Elektrifizierung einer Ortschaft die soziale Not gemindert wird?

Müller: Ja, das ist für sich genommen korrekt, aber wir haben auch genug eigene Bereiche, in denen wir Investitionen fördern sollten. Da haben wir schon genug zu tun. Es ist ein Problem, dass wir – global betrachtet – viel zu viel aus dem Kreislauf entnehmen. Wieso brauchen wir jedes Jahr drei Prozent Wachstum? Das führt zu einem dramati-

schen, exponentiellen Anstieg des Ressourcenverbrauchs. Kann sich Wachstum nicht auch anders definieren? Über Lebensqualität? Wenn ich nun Eigenkapital, Geld investiert habe und mal in einem Jahr keine Zinsen bekomme, verdiene ich eben in diesem Jahr nichts. Aber: Wenn die Wirtschaft nicht wächst und die anderen nichts verdienen haben, warum soll ich dann als Kapitalgeber etwas verdienen? Wir haben eine extreme Abkoppelung vom Kapital zur realen Wirtschaft.

Red: Also haben der Finanzmarkt und dessen Freiheiten einen großen Anteil an diesem Prozedere und Zustand?

Müller: Ja. Wir haben viel zu viele Freiheiten in der Finanzwelt. Jeder versucht, so gut wie möglich durchzukommen: der Bürger, die Unternehmen. Wobei tatsächlich bei vielen Bürgern noch eine ethische Grundhaltung vorhanden ist und auch bei vielen unternehmergeführten Unternehmen. Problematisch wird es bei den kapitalgeführten Unternehmen, Aktiengesellschaften, bei denen der Vorstand eben keine freie Entscheidung treffen kann, sondern als Angestellter die Interessen der Kapitalgeber vertritt. Deren Interesse, so muss er unterstellen, liegt darin, möglichst hohen Profit zu erzielen. Das Thema Nachhaltigkeit wird dann nur insoweit verwirklicht, als es für die Profitsteigerung hilfreich ist.

Red: Welche Regularien müsste man setzen?

Müller: Es gibt einen Unterschied zwischen „Haben Wollen“ und Gier. Wenn das Haben Wollen so eskaliert, dass ich andere damit schädige und benachteilige, ist es sicherlich schädlich. Hier muss die Politik die Rahmenbedingungen so setzen, dass sich jeder frei entwickeln kann, aber nur bis zu dem Punkt, an dem er andere nicht schädigt. Und das hat die Politik in den letzten Jahren massiv vermissen lassen. Die Einflüsse der Lobbygruppen waren stark. Es müsste eine wesentlich selbstbewusstere und besser informierte Politik agieren. Ein herausragendes Beispiel ist die Spekulation mit Lebensmitteln. Seit vielen Jahren setze ich mich dafür ein, die Spekulation mit Lebensmitteln international einzudämmen. Nicht nur auf G20-, sondern auch auf Bundestagebene. Extrem viel Spekulationsgeld fließt über die Terminmärkte und die Preise haben extreme Schwankungsbreiten. 2008 verdoppelten sich die Weizenpreise innerhalb weniger Monate. Die Argumente, dass die Chinesen so viel essen, dass der Biosprit der Treiber sei oder Überschwemmungen, stellten sich sehr bald als Unfug heraus, zumindest für diese extreme Kursentwicklung. Innerhalb von zwanzig Wochen, Sommer 2008, brachen die Preise für Weizen auf ein Niveau, das unter dem Ausgangsniveau lag. Warum? Die Zocker, die Investoren mussten Kasse machen, da sie Abschreibungen auf die Immobilienblase hatten. Sie mussten verkaufen und zogen ihr Geld aus den Terminmärkten zurück. Plötzlich war der Weizenpreis wieder da, wo er vorher war.

Man sollte nicht vergessen, dass wir seit Jahrzehnten eine weltweite Nachfragesteigerung nach Lebensmitteln erleben und bisher die Agrarproduktion immer Schritt halten konnte (...). Dennoch kann die Nachfragesteigerung die



Preise etwas antreiben, aber mit Sicherheit nicht um 100% innerhalb von wenigen Monaten, sondern um wenige Prozent pro Jahr, wenn überhaupt. Wir sehen, dass diese extremen Übertreibungen rein durch die Terminmärkte ausgelöst werden. Hier muss unbedingt eingeschritten werden.

Red: Könnte denn Deutschland allein diesen Schritt gehen?

Müller: Für Deutschland im Alleingang wäre dies sicherlich schwierig, europaweit aber durchaus machbar. Man müsste die Terminmärkte etwas entkoppeln, regionalisieren: Warum wird der Weizenpreis auf nur einem einzigen Markt dieser Welt festgestellt? Warum verdoppelt sich für einen Bäcker in Deutschland beim Einkauf der Weizenpreis, nur weil irgendwo in Australien eine Dürre herrscht? Das ist nicht nachvollziehbar.

Red: Was müsste man tun, um dies zu durchbrechen?

Müller: Erstens eine Regionalisierung vornehmen und zweitens müssten Termingeschäfte, die sich auf Lebensmittel beziehen, meldepflichtig sein. Dies müsste an einer geregelten Börse als Pflicht eingeführt werden. Ein Großteil der Geschäfte läuft über Darkpools, über Telefongeschäfte zwischen den Banken, ohne dass ersichtlich wird, welche Geschäfte getätigt werden. Das muss über die Aufsichtsbehörden offengelegt werden. Dazu kommt, dass man die Sicherheitsleistungen erhöhen muss. Heute hinterlegt jemand, der für eine Million \$ Weizen auf den Terminmärkten kauft, nur 60.000,00 \$. Der Rest wird ihm als Kredit sozusagen zur Verfügung gestellt. Das kann nicht sein. Wenn man diese Sicherheitsleistung deutlich erhöht, auf 10, 20 oder 50% des eingesetzten Geldes, fielen die große Zahl der kurzfristigen Zocker und Spekulanten aus dem Markt und es bleiben nur ganz wenige übrig, deren Geschäfte über die Aufsichtsbehörden kontrolliert werden könnten. Ein bisschen Spekulation ist nicht verkehrt: Wenn ein Bauer auf diesen Märkten seine Ernte absichern will und ein Großhändler ebenfalls gegen Preissteigerung bzw. -verfall, macht dies durchaus Sinn. Hierzu ist auch die begrenzte Teilnahme von spekulativen Marketmakern sinnvoll, um eine Mindestliquidität sicher zu stellen.

Der nächste Punkt sind die Anlegergelder von privaten Investoren, die in Rohstofffonds investieren. Es wird Weizen und Kupfer gekauft und mittlerweile gibt es physisch unterlegte Rohstofffonds: Es wird tatsächlich Kupfer physisch gekauft und in großen Lagerhallen gelagert. Dies wird jetzt

Dirk Müller

Amtlich vereidigter Börsenhändler – Bestsellerautor – Betreiber der Finanzinformationsplattform www.cashkurs.com, geboren 1968 in Frankfurt am Main. Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Deutschen Bank, Mannheim, 1992/93 amtlicher Kursmakler für Bundesanleihen der Bundesrepublik Deutschland. 1993 bis 1997 Makler für Staatsanleihen bei Finacor-Rabe&Partner, 1998 Makler bei ICF AG, 2006 Leiter Skontroführung Aktien bei ICF AG, 2008 bis 2010 Wertpapierhändler bei der Wertpapierhandelsbank mwb fairtrade AG.

Seit 2009 Inhaber und Geschäftsführer der Finanzethos GmbH, freier Börsenhändler sowie Gründer und Inhaber der Marke „Cashkurs“.

Veröffentlichungen: Januar 2009 „C(r)ashkurs – Weltwirtschaftskrise oder Jahrhundertchance? Wie Sie das Beste aus Ihrem Geld machen“

sogar von amerikanischen Banken für Lebensmittel geplant. Sie kaufen große Getreidespeicher und dann Korn, Weizen usw. und lagern es ein, nur aus Spekulationsgründen. Sie entziehen damit den realen Warenmärkten direkt Produktionsgüter, um damit den Preis hochzuziehen und später teurer zu verkaufen. Das ist ein Skandal sondergleichen! Investitionsgelder haben in diesen Rohstoffen nichts zu suchen. Es gibt keinerlei Berechtigung, keinerlei volkswirtschaftliche Begründung, warum so was sein sollte.

Red: Wie kann man dem einen Riegel vorschieben?

Müller: Indem private Investments in Lebensmittel, in Rohstoffe, aber auch in wichtige Industrierohstoffe, verboten werden.

Red: Was wäre, wenn man mit der EU oder Deutschland als Vorreiter voranschritt?

Müller: Das wäre sehr hilfreich. Allein wenn es für europäische Anleger verboten wäre, flössen Milliarden aus entsprechenden Märkten ab und würden beispielsweise nicht in Kupfer investiert. Die Märkte könnten wieder ein normales Preisniveau finden: Vom Angebot der Hersteller zur Nachfrage der echten Verbraucher, der Großhändler, der Industrie: Echte Nachfrage echtes Angebot. Durch diese künstlich erzeugte zusätzliche Nachfrage der Investoren ist es für den Markt fast unmöglich, einen fairen Preis zwischen Angebot und Nachfrage der echten Produktion zu finden. Das könnten wir auf Bundesebene nur begrenzt regeln. Sie haben die Vorreiterrolle angesprochen. Das brächte sicher einen gewissen Nachahmeffekt.

Red: Bzgl. des Rettungsfonds für Griechenland: Ist die Verknüpfung der Ausschüttung des Fonds mit der Bedingung, Privatisierungen vorzunehmen mit Nachhaltigkeitszielen vereinbar?

Müller: Es macht keinen Sinn, dass Griechenland diese große Privatisierungswelle fährt. Zum einen kann man die Sachen jetzt nur zu Schleuderpreisen veräußern, weil jeder weiß, dass verkauft werden muss. Und dann ist die Frage: Wenn jetzt Häfen, Spielbanken, und Elektrizitätswerke ver-

braucht wird. Ob das noch demokratisch und rechtsstaatlich ist, sei mal dahin gestellt.

Red: Sie meinten, Schleuderpreise verschlimmerten die Situation.

Müller: Ja.

Red: Was kann man da tun?

Müller: Die grundsätzliche Frage lautet, wieso es privaten Banken erlaubt ist, Geld aus dem Nichts zu schaffen: Wir müssen uns darüber klar werden, dass alles Geld, was im Umlauf ist, auf Schulden basiert. Geld entsteht, indem jemand einen Kredit aufnimmt und nicht, indem eine Zentralbank Geld schafft.

Wieso ist es keine Europäische Zentralbank, keine Bundesbank, keine neutrale Instanz, die dem Staat Geld zur Verfügung stellt, unabhängig von der Regierung, und zwar zinsfrei?

Red: Also das wäre eine Option, solche Krisen zu verhindern?

Müller: Man nennt dies Vollgeldsystem, die Geldschöpfung wieder in die Hand des Staates zu legen und nicht in die Hand der privaten Banken. Das ist seit ca. 100 Jahren ein weltweites Problem. Die Banken haben über 100 Jahre sehr gute Lobbyarbeit geleistet.

Sehr geehrter Herr Müller, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Dr. Nina Scheer am 21. Juni 2011.

„Die grundsätzliche Frage lautet, wieso es privaten Banken erlaubt ist, Geld aus dem Nichts zu schaffen ...“

kauft werden, womit der Staat bisher Geld eingenommen hat, wird er zukünftig hiermit keine Einnahmen mehr Erzielen können. Insofern ist es vollkommener Blödsinn, dies jetzt zu tun. Es geht aber momentan nicht darum, was sinnvoll ist, sondern darum, die Banken schadlos zu halten. Dafür wird jetzt alles unternommen, auch wenn der Steuerzahler am Ende die große Rechnung bezahlt.

Red: Ist so etwas überhaupt rechtsstaatlich vertretbar?

Müller: Wir sehen seit einigen Monaten, dass das Recht de facto geschaffen wird. Es wird das entschieden, was gerade

Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften

Über den Verlauf des Projekts



Der diesjährigen, an dem Projekt „Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften“ teilnehmenden Juniorengeneration wird in Baden-Württemberg im Rahmen des „Nachhaltigkeitskongresses 2011, Rio wird 20 – wir sind dabei“ am 15. Juli ihre Projektteilnahme durch Überreichung der sog. Nachhaltigkeitsqualifikation bestätigt. Das Projekt wurde, und wird auch in der folgenden Generation, in Kooperation mit dem Umweltministerium Baden-Württemberg fortgeführt. Es gibt viel zu berichten von den 46 Junioren in ihren neun nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen – kreativ, innovativ und den Leitgedanken der Nachhaltigkeit im Blick, setzten die Junioren ihre Geschäftsideen im Laufe des Schuljahres 2010/11 um.



.....
TransportGrün, die Juniorenfirma von LeaseRad, entwickelte ein Konzept, wie E-Lastenräder vermehrt im ökologisch ausgerichteten Einzelhandel eingesetzt werden können und werden Anfang Juli 2011 in einem Pilotprojekt dieses Konzept in Gundelfingen, einem Teilgebiet von Freiburg, erproben. Bei einer Projektpräsentation im Februar bekamen die Junioren Besuch von Kerstin Andreae, MdB Bündnis 90/Die Grünen und Edith Sitzmann, MdL Baden-Württemberg, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/ Die Grünen. Dies wurde vom SWR in einem Radiobeitrag und von TV Südbaden in einem kurzen Bericht dokumentiert.



.....
Sechs Schüler des Walter-Eucken-Gymnasiums in Freiburg gründeten im Januar im Unternehmen Alexander Bürkle, Elektrogroßhandel, eine Juniorenfirma. Die Zielsetzung der Schüler ist es, ein Entsorgungskonzept zu erstellen, das als Grundlage zur Umsetzung im Unternehmen dient, hierzu werden Abfall/Wertstoffflüsse von der Entstehung bis zur Entsorgung dargestellt, eine kostentechnische Bewertung der Entsorgungswege und Systeme ermittelt sowie Entsorgungsalternativen erarbeitet und bewertet.

Zehn Schüler der Wilhelm Röpke Schule in Ettlingen waren bei den Unternehmen Gerold Weber Solartechnik und Montanes tätig und arbeiteten, wenn auch in unterschiedlichen Firmen, an einer gemeinsamen Idee: Gegenüberstellung einer Schulbausanierung und eines Schulneubaus für die Wilhelm-Röpke-Schule aus energetischer Sicht. Die Ergebnisse ihrer Arbeit präsentierten sie dem Landratsamt.

Die Schüler der Technischen Gymnasium in Ravensburg bildeten mehrere Juniorengruppen – bei VAUDE, Baugrund Süd und Rieger Transport. Die Juniorenfirma bei VAUDE unterteilte sich in drei Gruppen mit der Zielsetzung, das VAUDE Cafe, angegliedert an den Werksverkauf, nachhaltig zu gestalten, den Veranstaltungskalender zu optimieren und die Webseite attraktiv zu gestalten. Bei Baugrund Süd wurde von den Junioren eine Beratungsfirma (Agentur) für geothermische Heizanlagen zur nachhaltigen CO₂-Einsparung gegründet. Die Webseite des Transportunternehmens Rieger-Transporte wurde von den zwei Junioren komplett neu gestaltet. Ferner wurde eine Analyse erstellt, welche Bereiche des Betriebes weiter nachhaltig zu optimieren wären (Vermeidung von Leertransporten).

.....
„Die Vermarktung einer ergonomischen Stehhilfe“ war das zentrale Thema der Juniorenfirma bei Kohler natürlich einrichten. Mittels des Marketinginstruments „Tun Sie etwas für Ihren Rücken und für die Umwelt“ soll für jede gekaufte



Stehhilfe ein Baum auf dem Firmengelände gepflanzt werden. Die Junioren vermarkteten die Stehhilfe auf Messen und gingen auch an umliegende Kindergärten.



Die von e.Konzept betreute Juniorenfirma der Hauptschule Karssee, jufima, organisierte für Ende März 2011 einen Informationsmarkt für nachhaltige Produkte aus der Region mit anschließender Podiumsdiskussion. Oberbürgermeister Michael Lang, Gottfried Härle (Brauerei Clemens Härle), Wolfram Dreier (Schnell Zündstrahlmotoren), Hilke Patzwall (VAUDE) und Dr. Ulrich Maurer (Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr) diskutierten über Nachhaltigkeit in der Wirtschaft. Die Podiumsdiskussion wurde moderiert von Joachim Umbach, Mediendirektor des Schwäbischen Verlags.

e.Konzept
Unternehmenspräsentationen

Fortsetzung auf Seite 10



fechnermedia bei den Dreharbeiten

Ein besonderer Höhepunkt des Projektes „Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften“ war die Produktion des gleichnamigen Films. FechnerMEDIA erstellte im Auftrag von UnternehmensGrün für die Umwelt-Bildungskonferenz am 24. Februar 2011 (vgl. den Konferenzbericht in dieser Ausgabe) eine Dokumentation über die Arbeit von vier Juniorenfirmen in ihren jeweiligen Mutterunternehmen. Den Film finden Sie unter folgendem Link: <http://www.nachhaltige-juniorenfirmen.de/Film.74.0.html>

Der Film und die Plakate zu den jeweiligen Juniorenfirmen in Baden-Württemberg und Berlin stellten bei der Umwelt-Bildungskonferenz anschaulich die Arbeit und Ziele der Schülerinnen und Schüler dar.

In der Pilotprojektphase (1. Juli 2008 bis 30. Juni 2010) gefördert durch:



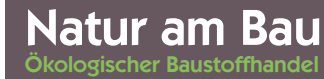
Eine hilfreiche Orientierung bot während des Projektverlaufs der letzten Monate das Handbuch – Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften, das zum Abschluss der von der deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderten Pilotprojektphase erstellt wurde. Das Handbuch gibt Auskunft über die Firmen und Junioren der Pilotprojektphase, eine Evaluation des Projektes und enthält einen „Leitfaden“. Hier werden Vorgehensweisen und praktische Tipps für alle Projektbeteiligten gegeben – für Unternehmer, Schüler und Projektaustrichter. Das Handbuch kann über die UnternehmensGrün Webseite online eingesehen oder in gedruckter Form bei der Geschäftsstelle bestellt werden.

Berlin: Junioren auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften



Insgesamt elf SchülerInnen (OSZ) nahmen während des Schuljahres 2010/2011 an dem in Berlin von UnternehmensGrün in Kooperation mit dem Oberstufenzentrum für Bürowirtschaft und Dienstleistungen Berlin (OSZ) ausgerichteten Projekt „Junioren auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften“ teil. Anders als die baden-württembergischen Junioren absolvierten die Berliner Junioren ihr dreimonatiges Berufspraktikum nicht in Juniorenfirmen sondern meist individuell oder zu zweit. Die Junioren bei Natural'Mente, Makrobiotik Restaurant und Catering, erstellten eine Nachhaltigkeits-Analyse hinsichtlich der Einführung von Mehrweg-Geschirr (Pfandsystem) sowie eine CO₂-Soll-Ist-Analyse des Betriebs mit Finanzierungskonzept. Eine Schülerin bei LogischBio, Naturkost-Lieferservice, unterstützte das Team von LogischBio im Rahmen ihrer Projektteilnahme bei der täglichen Büroarbeit und recherchierte nach kompostierbaren oder recyclebaren Verpackungsmaterialien. Die Historie der Bio-Zertifizierung von Yellow Sunshine, Bio Fast Food Restaurant, sowie eine produktbezogene Kundenbefragung standen im Mittelpunkt der Arbeit der hiesigen Junioren. Bei Lebensfluss Naturprodukte vermarkteten die Junioren Yoga-Matten von Green Earth Yoga, erhielten Einblick in das Online-Marketing und unterstützen das Team bei der täglichen Büroarbeit. Die Juniorenfirma „bringt Natürlich Farbe“ (GBR) bei Natur am Bau,

Kooperierende Unternehmen in Berlin



ökologischer Baustoffhandel, hatte als Thema die nachhaltige Farbberatung von Räumlichkeiten. Zusätzlich widmeten sich die Junioren auch hier den Aufgaben des Büroalltags des Betriebs – der Entgegennahme von Ware, Lagerbetreuung, Bearbeitung von Bestellungen, Archivierung der Buchhaltungsunterlagen und dem täglichen Umgang mit Kunden.

Juliane Reiber
Wissenschaftliche Mitarbeiterin UnternehmensGrün

Abschlusskonferenz in Berlin Junioren auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften

Am 15. Juni 2011 fand am OSZ die von UnternehmensGrün mit dem Oberstufenzentrum und mit Unterstützung durch die Stiftung Pfefferwerk veranstaltete Abschlussveranstaltung für die Juniorengeneration 2010/2011 statt. Sie diente der Verabschiedung der in Berlin an dem Projekt „Junioren auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften“ teilgenommen habenden Junioren. Nach einführenden und den Projektverlauf skizzierenden Vorträgen von Stefan Marien, Schulleiter des OSZ und Dr. Nina Scheer, Geschäftsführerin von UnternehmensGrün, unterstrich Stefan Walk, Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, die herausragende Bedeutung der Heranführung von Jugendlichen an Nachhaltigkeitsfragen bereits in und während der Ausbildung. Hans Arthur Schmid, Geschäftsführer Natural'Mente, Bio-Naturkostrestaurant & Catering, skizzierte aus der Perspektive eines im Rahmen des Projekts kooperierenden Unternehmens anschaulich die Herausforderungen, vor die sich ein Unternehmen in der Praxis vor dem Hintergrund eines Nachhaltigkeitsanspruchs gestellt sieht. Anschließend stellten einige ausgewählte Junioren ihre Projektarbeit vor.

Die Präsentationen vermittelten die Aufgeschlossenheit der Jugendlichen, Nachhaltigkeitsansprüche ernsthaft zu verfolgen und deren gesellschaftliche Bedeutung erkannt zu haben. Abschließend erhielten die Junioren eine ihre Projektteilnahme bestätigende Urkunde, die von Unter-



nehmensGrün gemeinsam mit dem OSZ ausgestellte sog. Nachhaltigkeitsqualifikation. Unter den ca. 60 Teilnehmern waren auch Jugendliche, die sich an einer Projektteilnahme im folgenden Schuljahr (2011/2012) interessierte zeigten. Wie in Baden-Württemberg wird das Projekt auch in Berlin fortgesetzt angeboten.

UnternehmensGrün-Redaktion

Umwelt-Bildungskonferenz

Bericht über die Umwelt-Bildungskonferenz vom 24. Februar 2011 in der Vertretung des Saarlandes beim Bund in Berlin, gefördert durch das Bundesumweltministerium (BMU) und das Umweltbundesamt (UBA).



Podiumsdiskussion: Bildung für nachhaltiges Wirtschaften – Wege zur Umsetzung

Die Umwelt-Bildungskonferenz diente der Konkretisierung von Lehrinhalten für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt, speziell im Kontext der Wirtschaft. Es referierten und diskutierten Vertreter aus Politik, Wissenschaft und ökologisch ausgerichteter Wirtschaft.

Als Ausgangspunkt der Tagung stand die Überlegung, dass die heranwachsende Generation in besonderem Maße gefordert ist, ökonomische Prozesse nicht ohne ihre ökologische Relevanz zu betrachten. So behandelte die Umwelt-Bildungskonferenz sowohl den allgemein- und berufsbildenden Bereich, als auch die weiterführende Lehre an Hochschulen und Universitäten.



Dr. Jutta Emig

Frau Dr. Jutta Emig, Leiterin des Grundsatzreferats des BMU, nahm in ihrer Einführung Bezug auf die vom BMU und dem UBA herausgegebene Studie „Umweltbewusstsein in Deutschland 2010“ und hob die vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise für das Jahr 2010 bemerkenswerte Entwicklung eines gegenüber dem Vorjahr gesteigerten

Umweltbewusstseins, insbesondere unter Jugendlichen, hervor. Dr. Simone Peter, Umweltministerin des Saarlandes, ging in ihrem Vortrag „Umweltbildung in gesellschaftlicher Verantwortung“ auf die politische Ebene ein, wobei sie auch auf die völkervertragliche Chronologie der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit zurückgriff.



Dr. Simone Peter

Am späteren Vormittag vermittelte Frau Prof. Hannelore Küpers, Leiterin des Instituts für Zukunftsorientierte Kompetenzentwicklung (IZK) und Verantwortliche für das Bildungsprogramm „SUMA“ – Sustainable Management, Hochschule Bochum in ihrem Vortrag „Nachhaltigkeit als berufliche Orientierung – über den Beitrag der Hochschulen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung“, inwieweit Nachhaltigkeit heute in Studium und Lehre enthalten ist und wies darauf hin, dass deutschlandweit lediglich 14 Studiengänge explizit Nachhaltigkeit als zentralen Studieninhalt ausweisen. Sie erläuterte, vor welche programmatischen Hürden sich eine Bildungseinrichtung gestellt sieht, Nachhaltigkeit in Lehrinhalte aufzunehmen und interdisziplinäre Inhalte zu definieren.

Dr. Tobias Schlömer von der Universität Oldenburg ging in seinem Vortrag „Nachhaltiges Ökonomieverständnis, Interdisziplinä-



Dr. Tobias Schlömer, Prof. Hannelore Küpers

narität und Fachkräftequalifizierung für Umweltleitmärkte: Orientierungspunkte einer ökologischen Berufsbildung“ auf ein exemplarisches Arbeitsmarktphänomen, die Gebäudesanierung, ein. Er führte aus, welche Lehrebenen mit Blick auf diesen Arbeitsmarkt-Fokus angesprochen sind.

Der Nachmittag widmete sich einem Praxisbeispiel, der Vermittlung von unternehmerischer Erfahrung in Kombination mit Lehrmodulen im Kontext ökologischen Wirtschaftens. Mit einer Erläuterung des UnternehmensGrün-Projekts „Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften“, das in der Pilotphase von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördert wurde und derzeit in Kooperation mit dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg sowie dem OSZ für Bürowirtschaft und Dienstleistungen Berlin fortgeführt wird, unterstrich Dr. Nina Scheer, Geschäftsführerin von UnternehmensGrün, die Bedeutung des Zusammenwirkens von praktischer Erfahrung, die die teilnehmenden Junioren in Juniorenfirmen bei ökologisch wirtschaftenden Unternehmen gewinnen und der Lehre zu Nachhaltigkeitsfragen, die UnternehmensGrün in Form von Workshops im Rahmen des Projekts anbietet. Ökologische und zugleich praxisbezogene Lehrinhalte vermitteln hier den in Schule und Ausbildung befindlichen Jugendlichen eine Zielvorstellung über Berufsfelder, die vor dem Hintergrund von Klimawandel und Ressourcenverknappung und damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Herausforderungen von wachsender Bedeutung sind. Eine eindrucksvolle Präsentation des Projekts bot auch ein für die Umwelt-Bildungskonferenz von fechnerMEDIA GmbH in Auftrag von UnternehmensGrün produzierter Film, der am Beispiel von fünf kooperierenden Unternehmen und hier wirkenden Juniorenfirmen, Aufgaben und Eindrücke schildert.

In einer sich anschließenden Podiumsdiskussion, an der Thomas Korbun, Wissenschaftlicher Geschäftsführer des IÖW, Prof. Hannelore Küpers, Stefan Marien, Schulleiter des OSZ Bürowirtschaft und Dienstleistungen Berlin und Klaus Stähle, Vorstand von UnternehmensGrün, teilnahmen, hinterfragte Nina Scheer, Moderation, den Stellenwert, den Nachhaltigkeit und ein Bewusstsein über die Bedeutung ökologischen Wirtschaftens auf den verschiedenen Ebenen, der schulischen und auszubildenden, der Ebene der Wissenschaft, aber auch aus der Perspektive des Arbeitsmarktes, hat. Die Podiumsdiskussion bezog auch die ca. 80 Teilnehmer der Veranstaltung mit ein.

Im Foyer des Veranstaltungsortes, der Vertretung des Saarlandes beim Bund in Berlin, wurde den Teilnehmern in Ergänzung der vorgetragenen Projektpräsentation eine Präsentation aller Juniorenfirmen durch Plakate angeboten. Ein hier aufgestellter Bücherstand rundete den Einblick in Lehrinhalte zu Nachhaltigkeit ab.

Eine ausführliche Konferenz-Dokumentation ist in Form einer Broschüre erschienen und bestellbar, vgl. den Hinweiskasten.

Konferenz-Dokumentation über die am 24. Februar 2011 in Berlin von UnternehmensGrün veranstaltete und durch das Bundesumweltministerium sowie das Umweltbundesamt geförderte **Umwelt-Bildungskonferenz**.

Bestellungen richten Sie bitte an:
info@unternehmensgruen.de
 (5,00 Euro zzgl. Versand)

Termine

15. Juli 2011, Stuttgart
Abschlusskonferenz
 2. Juniorengeneration, Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften

Eine UnternehmensGrün-Veranstaltung in Kooperation mit dem Umweltministerium Baden-Württemberg. Die Veranstaltung findet im Rahmen des Nachhaltigkeitskongress 2011: „Rio wird 20 – wir sind dabei“ statt.

Veranstaltungsort:
 SpOrt Stuttgart

23. September 2011, Berlin
UnternehmensGrün-Mitgliederversammlung

24. September 2011, Berlin
Green Economy in Zeiten knapper Kassen

UnternehmensGrün-Jahrestagung in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

Veranstaltungsort:
 Heinrich-Böll-Stiftung,
 Schumannstraße 8
 10117 Berlin

Weitere Informationen können unter www.unternehmensgruen.de eingesehen werden.

Klimaschutz mit Rendite

Die Nutzung erneuerbarer Energien ist wirtschaftlich und zuverlässig. Die Technologie ist ausgereift und die Prozesse basieren auf langjährigen Erfahrungen. Eine Investition in unsere Anlagen liefert Ihnen sichere Renditen und macht Sie unabhängig. Das lohnt sich für Unternehmen, Privatpersonen und besonders für Kommunen. Beginnen Sie jetzt eine saubere Zukunft. Wir liefern alles aus einer Hand. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir erneuerbare Energien wirtschaftlich und zuverlässig durchsetzen.

www.juwi.de



Mitgliedsantrag / Bestellschein

An:
UnternehmensGrün e.V.
Bundesverband der grünen Wirtschaft
Wielandstraße 17, 10629 Berlin, per Fax an 030-325 99 682
www.unternehmensgruen.de

Unternehmen

Vorname Nachname

Straße

PLZ Ort

Tel/Fax

E-Mail-Adresse

- ⇒ Ich interessiere mich für UnternehmensGrün und bitte um **weitere Informationen.**
- ⇒ Ich abonniere den **kostenlosen UnternehmensGrün-Newsletter.** (erscheint alle 4 Wochen, Abmeldung jederzeit möglich)
- ⇒ Ich abonniere das **UnternehmensGrün Journal.** (unbefristet, erscheint halbjährlich, 25,00 € incl. Versand pro Jahr, fällig nach Erhalt der ersten Ausgabe, Abbestellung acht Wochen vor Jahresende)
- ⇒ Ich unterstütze UnternehmensGrün durch eine Spende in Höhe von € (Spendenbescheinigung erhältlich)

⇒ Ich möchte UnternehmensGrün-Mitglied werden!

- Wir werden als **Unternehmen** Mitglied
- Ich werde als **Einzelperson** Mitglied
- Ich werde **Fördermitglied*** * Fördermitglieder können Privatpersonen werden, die nicht zugleich Unternehmer bzw. Selbständige oder leitend in der Wirtschaft Tätige sind.

Ich entscheide mich für den jährlichen

- Regelbeitrag von 650,00 €
- reduzierten Beitrag von 325,00 €
- Fördermitgliedsbeitrag von mind. 120,00 €

Datum und Unterschrift

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige UnternehmensGrün, bis auf Widerruf die fälligen Beträge von meinem Konto abzubuchen.

- Bitte buchen Sie **jährlich** ab.
- Bitte buchen Sie **monatlich** ab.

Konto-Nr. BLZ

Geldinstitut

Kontoinhaber/in

Datum und Unterschrift Kontoinhaber/in

e.Konzept
Präsentation in Perfektion

unentspannt?

Ein Chef war äußerst unentspannt, ihm fehlte noch ein **Messestand**, bis e.Konzept den schnell erfand.

Weltweit und im ganzen Land ist seine Firma nun **bekannt, dank e.Konzept** und Messestand.

+49 (0) 75 06-95 160 // info@e-konzept.de // www.e-konzept.de